



**Evangelische Volkspartei
Kanton Solothurn**



**André Wyss
Kantonsrat Solothurn**

Sessionsbericht 30./31. Januar 2018

In der ersten Session 2018 stand die Teilrevision des [Energiegesetzes](#) im Fokus. Diese gab einiges zu reden. Zu Beginn der Session versuchte die SVP (mittels Nicht-Eintretens-Antrag) und die FDP (mittels Rückweisungs-Antrag) das Geschäft gleich vorab zu versenken. Da sich jedoch die übrigen Parteien praktisch geschlossen dagegen wehrten, wurde das Geschäft dann tags darauf ordentlich behandelt. Allerdings war zu diesem Zeitpunkt eigentlich schon klar, dass es zu einer Volksabstimmung kommen würde. Das benötigte 2/3-Quorum, das eine automatische Volksabstimmung verhindert hätte, wurde schliesslich an der Schlussabstimmung - nach diversen Anträgen von verschiedenen Seiten - verfehlt. Somit wird das letzte Wort dazu das Solothurner Stimmvolk haben. Für SVP und FDP geht das Gesetz deutlich zu weit, der Bürger würde ihrer Meinung nach zu sehr eingeschränkt und «bevormundet». Die Linken, zusammen mit der CVP/EVP/glp/BDP-Fraktion, werteten das Ziel nach mehr Energieeffizienz und den bisher eingeschlagenen Weg der Energiestrategie 2050 jedoch stärker und setzten sich deshalb für das revidierte Gesetz ein.

Persönlich

Meine erste Session als Kantonsrat hatte es mit dem Energiegesetz in sich. Selbst langjährige Parlamentarier taten kund, dass dies eine der turbulentesten Sessionen seit längerem war. Als Neuling in einer solchen Situation ging es mir somit vor allem darum, möglichst viel zu profitieren - inhaltlich konnte ich da noch nicht wirklich etwas beitragen. Bei den Abstimmungen verliess ich mich auf meine Fraktionskollegen, da ich selber noch nicht die nötige Tiefe in den einzelnen Geschäften hatte. Es zeigte mir, dass noch viel Arbeit vor mir liegt, damit ich die Geschäfte entsprechend besser verstehe und folglich meine eigene Meinung dann besser einbringen kann.

Erfreulich waren natürlich die Vereidigung sowie die einstimmige Wahl in die Finanzkommission (FIKO).

Ein weiteres Gesetz, das verabschiedet wurde, war das neue [Planungsausgleichsgesetz \(PAG\)](#). Dieses sieht vor, dass zukünftig 20% des erzielten Mehrwertes, den ein Landbesitzer aufgrund einer Einzonung erlangt, abgegeben werden muss. Diese Einnahmen werden dann dazu verwendet, allfällige Auszonungen auszufinanzieren. Zu diskutieren gab, ob und in welcher Form den Gemeinden das Recht eingeräumt werden soll, weitere Abgaben zu verlangen. Das Resultat: Die Gemeinden können weitere 20% an Abgaben erheben, sofern sie hierfür ein spezielles Reglement erlassen. Für die SP gingen die 20% auf Kantonsebene zu wenig weit. Sie argumentierte, dass es sich beim Mehrwert aufgrund einer Einzonung um ein «Geschenk» handelt, wofür der betroffene Landbesitzer keine Leistung erbringen musste. Aus diesem Grund könnte man eigentlich auch eine viel höhere Abgabe verlangen. Aber auch der Kompromissvorschlag von 30% hatte keine Chance. Da es sich hier um eine zweckgebundene Abgabe handelt, reichen gemäss den ersten Schätzungen vom Regierungsrat die 20%, um die allfällige Auszonungen zu finanzieren; eine höhere Abgabe wäre demnach nicht gerechtfertigt gewesen. In der Schlussabstimmung wurde das Gesetz dann einstimmig angenommen.

Zu reden gab auch die [Kantonsstrasse nach Kienberg](#), welche saniert werden soll. Die Grünen reichten einen Antrag auf Rückweisung ein. Sie wollten nicht, dass die Strasse im Zuge der Sanierung verbreitert wird - dies hätte unnötige Kosten und zusätzlicher Kulturlandverlust zu Folge. Schlussendlich wurde die breitere Strasse aber von der grossen Mehrheit im Saal als sinnvoller erachtet (wenn man schon am Sanieren ist, dann sogleich dem «normalen» Stand entsprechend).

In Kürze

Am ersten Sessionstag hatte es noch kurz Platz für die Behandlung von ein paar Interpellationen: Schwimmunterricht für Asylanten, Kosten wegen Demonstrationen und die (scheinbar) höheren Hürden bei der Bewilligungspraxis der Polizei bei Festanlässen auf öffentlichen Strassen wurden thematisiert. Von den traktandierten Geschäften konnten aber nur knapp 1/3 behandelt werden. Die nächste Session findet im März (20./21./28.) statt.

André Wyss